

# Für ein modernes und digitales Baden- Württemberg

Neun Bitkom-Prioritäten für die  
Landtagswahlen in Baden-Württemberg

## [Herausgeber](#)

Bitkom e. V.  
Albrechtstraße 10  
10117 Berlin  
T 030 27576-0  
[bitkom@bitkom.org](mailto:bitkom@bitkom.org)  
[www.bitkom.org](http://www.bitkom.org)

## [Ansprechpartnerin](#)

Gianna Nina Albrecht | Bitkom e. V.  
T 030 27576-366 | [g.albrecht@bitkom.org](mailto:g.albrecht@bitkom.org)

## [Layout](#)

Jennifer Albrecht | Bitkom e. V.

## [Titelbild](#)

© Leonhard Niederwimmer – unsplash.com

## [Copyright](#)

Bitkom 2026

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

# Für ein modernes und digitales Baden-Württemberg

Baden-Württemberg zählt seit Jahren zu den **stärksten digitalen Regionen Deutschlands**. Im aktuellen Bitkom-Länderindex liegt das Bundesland auf Platz 4 und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Besonders in den Kategorien »Governance & Verwaltung« und »Digitale Gesellschaft« erreicht Baden-Württemberg Spitzenwerte. Eine hohe Zahl an IT-Fachkräften, mehrere exzellente KI-Hubs sowie eine forschungsstarke Wissenschaftslandschaft sichern dem Land eine zentrale Rolle als Digitalstandort. Auch im Bitkom Smart City Index schneiden viele Großstädte im Ländle überdurchschnittlich ab, u. a. mit Stuttgart auf dem dritten Platz.

Die Digitalpolitik war bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Schwerpunkt, der insbesondere durch die **Digitalisierungsstrategie des Landes** und ihre Umsetzung vorangetrieben wurde. Die Koordination liegt bislang im **Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Kommunen**, wo bereits wichtige Themen wie digitale Infrastruktur und Verwaltungsmodernisierung angesiedelt sind. Damit zentrale Digitalprojekte künftig jedoch noch mehr politische Aufmerksamkeit erhalten, fordert der Bitkom die Einrichtung eines echten **eigenständigen Digitalministeriums** mit umfassenden Rechten und Ressourcen, wie zuletzt in Hessen. Das Ministerium sollte sich auf die zentralen Aufgaben und die Querschnittsthemen der Digitalpolitik konzentrieren und einen Digitalvorbehalt bekommen. Digitalisierung ist und bleibt ein ressortübergreifendes Thema, in welchem alle Bereiche Verantwortung tragen. Dennoch braucht es eine zentrale Koordinierungsstelle, damit alle Ressorts gemeinsam handeln und schneller Ergebnisse liefern.

Trotz guter Ausgangslage gibt es noch Luft nach oben, z. B. beim **flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastruktur**. Für ein industiestarkes Land wie Baden-Württemberg sind leistungsfähiges Breitband und zuverlässiges 5G unabdingbare Voraussetzungen.

Auch im föderalen Kontext gilt: Eine erfolgreiche digitale Transformation von Staat und Wirtschaft braucht mehr gemeinsame Orientierung und weniger parallele Einzelwege. Das betrifft sowohl die Förderung neuer Technologien wie KI als auch die Modernisierung der Verwaltung durch eine Umsetzung der **föderalen Modernisierungsagenda**. Baden-Württemberg sollte sich deshalb als aktiven Gestalter in der Digitalministerkonferenz positionieren, Kooperationsbereitschaft einfordern und für mehr Einheitlichkeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen werben.

Baden-Württemberg hat das Potenzial, nicht nur ein starker, sondern ein führender digitaler Innovationsstandort in Deutschland und Europa zu sein. Dafür braucht es eine Politik, die digitale Infrastrukturen beschleunigt ausbaut, die Verwaltung modernisiert, Forschung aktiv unterstützt und die bestehenden Kompetenzen im Land strategisch zusammenführt. Im Folgenden stellen wir neun digitalpolitische Prioritäten vor, damit Baden-Württemberg seine Position als digitale Schlüsselregion nicht nur behauptet, sondern weiter ausbaut.

# Neun Handlungsfelder für ein digitales Baden-Württemberg

## 1. Digitale Bildung landesweit stärken

Die in der Digitalisierungsstrategie beschriebene Vision einer Stärkung digitaler Bildung entlang der gesamten Bildungsbiografie zur Ermöglichung eines kompetenten Umgangs mit Medien, zur Gewährleistung digitaler Teilhabe sowie zur Vorbereitung auf die digitale Arbeitswelt begrüßen wir. Nun gilt es, diese Vision umzusetzen.

Die **medienpädagogische und technische Ausstattung** in frühkindlichen Bildungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen sollte mit hohem Tempo weiter ausgebaut werden. Nach längeren Unsicherheiten stehen die Mittel des Digitalpakt 2.0 ab 2026 für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Schulen zur Verfügung. Die Mittel müssen schnell und unbürokratisch bei den Schulen ankommen.

Baden-Württemberg sollte die **Förderrichtlinie für den Digitalpakt 2.0 schnellstmöglich erlassen** und mit den anderen Bundesländern koordinieren. Eine digitale Antragsplattform von Bund und Ländern sowie eine moderne und unbürokratische Vergabepraxis tragen ebenfalls zu diesem Ziel bei. Zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren könnte das Projekt »LOBW UP« als bundesweite Lösung gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend skaliert werden. Baden-Württemberg sollte für die Digitalisierung seines Schulsystems klare, messbare Ziele definieren und dafür regelmäßig relevante Daten erheben. Bildungspolitische Vorhaben sollten grundsätzlich mit überprüfbaren KPIs hinterlegt werden. Der Fortschritt bei der digitalen Bildung sollte zudem auf einem öffentlich einsehbaren, digitalen Dashboard transparent dargestellt werden.

Dabei sollten auch die Digitalkompetenzen der Lehrkräfte und des Bildungspersonals in den Blick genommen werden. Mit **DigCompEdu** liegt in Baden-Württemberg bereits ein Kompetenzrahmen vor. Fortbildungsangebote sollten weiter ausgebaut und Digitalkompetenzen sowie digitale Unterrichtsgestaltung verpflichtende Bestandteile der Lehrkräfteausbildung an den Universitäten und im Vorbereitungsdienst werden.

Die Einführung des **Pflichtfachs »Informatik und Medienbildung«** an allen weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2025/26 war ein wichtiger Schritt, um Medienbildung und informative Grundkompetenzen zu stärken. Die Ausgestaltung des Lehrplans ab der 8. Klassenstufe sowie Investitionen in die Ausbildung von Informatiklehrkräften sind wichtige nächste Schritte, um eine flächendeckende Umsetzung zu ermöglichen. Ein Ausbau der Kapazitäten beim »Kontaktstudium Informatik« (KI) sowie beim »Zweijahreskurs Informatik« ist dafür zentral.

Zur Stärkung digitaler Kompetenzen braucht es eine gute Koordination zwischen Bund und Ländern.

Im Bereich der beruflichen Bildung begrüßen wir die geplante Fortsetzung der Vereinbarung »Gemeinsam.Für.Weiterbildung«, die um einen Blick auf **Zukunftscompetenzen und die digitale Arbeitswelt** erweitert werden sollte. Eine Weiterführung der Initiative »WEITER.mit.BILDUNG@BW«, ein Fokus auf digitale Kompetenzen sowie eine **Stärkung von Hochschulen als Orte des beruflichen und lebenslangen Lernens** tragen zur Fachkräfte sicherung bei. Das ESF+-Programm zur Fachkursförderung sollte verstetigt werden. Ein Beispiel für eine Weiterentwicklung könnte die Weiterbildungsrichtlinie in Brandenburg sein, die ebenfalls bei der Umstrukturierung von Unternehmen sowie beim Aufbau akademischer Weiterbildungsangebote unterstützt. Bei der Modernisierung des Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG), die auch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) in gemeinsamer Länderverantwortung betrifft, sollte sich Baden-Württemberg für eine nachhaltige Stärkung digitaler Weiterbildung einsetzen. Zielbild einer Reform muss ein modernes Verbraucherschutzgesetz sein, das Innovation fördert und eine Qualitätssicherung mit zeitgemäßen Mitteln ermöglicht. In diesem Sinne sollte Rechtssicherheit geschaffen, bürokratische Hürden abgebaut und digitale Weiterbildung an die Realität moderner Lernformate angepasst werden.

## 2. Digitale Infrastrukturen zielgerichtet ausbauen

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist für die baden-württembergische Wirtschaft und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land unverzichtbar. Um die Potenziale der Digitalisierung voll auszuschöpfen, sind **leistungsstarke Netze im Mobilfunk und im Festnetz** erforderlich. Dies hat die aktuelle Landesregierung von Baden-Württemberg erkannt und vor drei Jahren eine Digitalisierungsstrategie veröffentlicht, in der u.a. im ganzen Bundesland bis 2025 gigabitfähige Netze bestehen bzw. deren Aufbau vorangetrieben werden sollen.

Aktuell sind knapp **91 Prozent der Haushalte mit 5G abgedeckt** und **77 Prozent der Haushalte haben einen Gigabitanschluss** von mindestens 1000 Mbit/s, was beides unter dem Bundesdurchschnitt von 94 respektive 79 Prozent liegt. Zudem verfügen lediglich **29 Prozent der Haushalte über einen Glasfaseranschluss**<sup>1</sup>. Damit hat sich die Versorgung in den letzten Jahren zwar deutlich verbessert, ist aber insgesamt noch leicht unterdurchschnittlich. Entscheidend ist daher, dass sich die Landesregierung weiterhin für ausbaufreundliche Rahmenbedingungen einsetzt.

Für einen effizienten Glasfaserausbau ist es wichtig, dass staatliche Fördermaßnahmen nicht in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Investitionen stehen. Die staatliche Förderung muss sich auf die Gebiete beschränken, für die mittel- bis langfristig kein privatwirtschaftliches Ausbaupotenzial besteht. Mit dem **Glasfaserpakt Baden-Württembergs** und der gestarteten Glasfaserkampagne des Bundes, an der sich das Land aktiv beteiligen sollte, sind die ersten Grundsteine gelegt. Zusätzlich bestehen weitere Potenziale zur Beschleunigung des Gigabitausbaus in der Landesbauordnung. Maßnahmen wie eine Genehmigungsfiktion für Mobilfunkmasten, wie im Bund-Länder-Pakt vom November 2023 vereinbart, könnten den Ausbau spürbar erleichtern.

Nur 29 Prozent der Haushalte verfügen über einen Glasfaseranschluss.

Staatliche Förderinstrumente sollten auf jene Regionen begrenzt werden, in denen kein privatwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist.

<sup>1</sup>Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (2024) | Aktualisierung der Gigabit-Studie zur Ermittlung des Investitions- und Fördermittelbedarfs für einen flächendeckenden Gigabit-Netzausbau in Baden-Württemberg 2024

### 3. Baden-Württembergische Startups: Der Mittelstand von morgen

Zur Förderung der Wettbewerbs-fähigkeit braucht es mehr Unter-stützung von jungen Unternehmen in der Wachstumsphase.

Baden-Württemberg zählt zu den forschungsstärksten Regionen Europas und bietet mit seinen exzellenten Hochschulen und einer starken Industrie ideale Voraussetzungen für innovative Gründungen. Initiativen wie **Startup BW** und Förderprogramme wie **Startup BW Pre-Seed** haben das Ökosystem in den letzten Jahren gestärkt. Zudem ist zu erwarten, dass die neue Startup Factory NXTGN, die vom Wirtschaftsministerium unterstützt wird, Ausgründungen aus dem universitären Raum anregt. Dennoch liegt das Land bei Neugründungen weiter deutlich hinter Hamburg, Berlin und Bayern. Um im nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen, braucht Baden-Württemberg mehr **Unterstützung in der Wachstumsphase**. Zentral hierfür ist u.a. die Stärkung Baden-Württembergs als Anziehungspunkt für internationale Talente, der erleichterte Zugang zu Ausschreibungen der öffentlichen Hand und die **Mobilisierung öffentlichen und privaten Wagniskapitals**.

8 von 10 Startups geben an, dass Investoren aufgrund der schwierigen konjunkturellen Lage zurückhaltender geworden sind (↗ Bitkom-Pressemitteilung). Jedes vierte junge Unternehmen (26 Prozent) überlegt aktuell, wegen mangelndem Wagniskapital Deutschland zu verlassen. Startups sind in späteren Finanzierungsrounds also stark von ausländischen Investorinnen und Investoren abhängig. Damit vielversprechende Unternehmen während der Wachstumsphase nicht in die USA abwandern, braucht Baden-Württemberg dringend eine gezielte Unterstützung von Scaleups. Der kürzlich verkündete **Aufbau der BW-Capital** unter Leitung der landeseigenen L-Bank kann eine wichtige Hebelwirkung bei der Schließung dieser Lücke haben. Wir begrüßen diesen Schritt ausdrücklich. Ziel muss es nun sein, schnellstmöglich Handlungsfähigkeit herzustellen und die BW-Capital langfristig mit den notwendigen finanziellen wie personellen Ressourcen auszustatten

### 4. KI made in BW

Baden-Württemberg hat mit dem **Cyber Valley**, dem **KI4BW-Programm**, den **KI-Labs** und insbesondere dem **IPAI in Heilbronn** bereits zentrale Leuchtturmprojekte zur KI-Förderung initiiert, die nun langfristig verstetigt werden sollten. Für KI im Verwaltungsbereich gilt allerdings: KI ist bereits die nächste Stufe der Digitalisierung. Ohne ein Basisfundament an digitalisierten Prozessen kann KI nicht die gewünschte Wirkung entfalten. Hier besteht – insbesondere bezüglich der Verwaltungs- und Serviceschnittstellen nach außen – dringender Verbesserungsbedarf. Darüber hinaus empfehlen wir:

**Wettbewerbe und Preisvergaben** können ein wirksames KI-Förderinstrument sein. Zuletzt wurden diese jedoch kaum durchgeführt und der letzte Wettbewerb fand im Januar 2024 statt. Um ihre Wirkung und Sichtbarkeit zu entfalten, sollten solche Förderwettbewerbe regelmäßig stattfinden.

KI-Leuchtturmprojekte wie das **Cyber Valley** und das **IPAI** müssen weiterhin mindestens auf heutigem Niveau finanziell und institutionell gefördert werden.

Förderwettbewerbe müssen darüber hinaus so ausgestaltet sein, dass sie mit dem technologischen Fortschritt Schritt halten können. Dies betrifft insbesondere den zeitlichen Aspekt. Ausschreibungs-, Zuschlags- sowie Projektfristen müssen verkürzt werden, um sicherzustellen, dass Förderprojekte und Wettbewerbsbedingungen nicht aufgrund ihrer Laufzeit technologisch überholt und damit obsolet werden. Generell gilt, dass Förderprojekte (und öffentliche Ausschreibungen) entbürokratisiert werden müssen.

Es gibt zahlreiche Förderinitiativen zur Entwicklung und Adaption von KI auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Diese sind grundsätzlich positiv, müssen jedoch besser aufeinander abgestimmt werden, um Überschneidungen und eine Konkurrenz um dieselben wenigen Unternehmen zu vermeiden. Nur durch **koordinierte Ansätze** können die Förderprogramme ihre Wirkung voll entfalten, statt sich gegenseitig zu behindern.

## 5. Digitale Verwaltung konsequent modernisieren

Baden-Württemberg spielt im deutschlandweiten Vergleich bei der **Digitalisierung der eigenen Verwaltung** bereits vorn mit (Rang 5 im ↗ Bitkom Länderindex). Diese Position gilt es für die neue Landesregierung weiter auszubauen, denn gerade in einem industiestarken Land wie Baden-Württemberg stellt eine moderne und nutzerzentrierte Verwaltung einen Standortvorteil dar. Um diese Steigerung zu realisieren, müssen aktuelle Initiativen wie KI4BW ausgebaut und weitere KI-Use Cases identifiziert werden, um den Nutzen von KI flächendeckend zu realisieren. Weitere Cloud- und KI-Dienste ließen sich zudem zukünftig durch die Einrichtung eines föderalen Marktplatzes für cloudbasierte IT leicht und bürokratiearm in die Verwaltungen bringen (↗ Bitkom Positionsreich).

Die Daueraufgabe der **Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsleistungen** lässt sich zukünftig beschleunigen, indem die rund 1.100 Kommunen im Land bei der Digitalisierung konsequent unterstützt und entlastet werden. Dies gelingt u.a. durch eine zentrale Bereitstellung von Verwaltungsleistungen auf Landes- oder sogar Bundesebene und die Nutzung des **Deutschland-Stacks**. Baden-Württemberg sollte sich deswegen auf Bundesebene für eine **Reform des Artikels 91c GG** einsetzen, um föderale IT-Kooperationen zu erleichtern und dem IT-Planungsrat verbindliche Entscheidungsrechte mit qualifizierter Mehrheit übertragen. Hierfür braucht es politischen Mut und den unbedingten Veränderungswillen aller Beteiligten. Die kürzlich verabschiedete **Modernisierungsagenda Föderal** mit ihren rund 230 Maßnahmen sollte in Baden-Württemberg konsequent umgesetzt und ihr Fortschritt transparent gemonitort werden.

Neben der reinen Digitalisierung der Verwaltungsleistungen werden die **Registermodernisierung und die Umsetzung des NOOTS-Staatsvertrags** eine weitere Aufgabe für die Kommunen darstellen. Die Registermodernisierung bildet das Rückgrat der Verwaltungsdigitalisierung. Durch sie werden proaktive Verwaltungsleistungen erst ermöglicht und Doppelarbeiten verhindert. Das Land muss seine Kommunen bei der Anbindung an das NOOTS und bei der Modernisierung ihrer Register unterstützen. Dies sollte durch die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen geschehen.

Kommunen müssen bei der Digitalisierung gezielt unterstützt werden, etwa durch eine Nutzung des Deutschland-Stacks.

## 6. Von Leuchttürmen zur Fläche: Digitale Daseinsvorsorge sichern

Die Großstädte im Land erreichen im Schnitt 78,2 Punkte im Bitkom.Smart City Index.

Baden-Württembergs Großstädte erreichen im Schnitt **78,2 Punkte im Smart City Index** und liegen damit an der Spitze im Bundesvergleich. Damit setzt das Land bundesweit Maßstäbe in der digitalen Stadtentwicklung. Zugleich zeigt sich: Damit Baden-Württemberg seine Leitregion-Ambition im gesamten Land erfüllt, muss die **digitale Transformation** der Städte künftig stärker in der Fläche wirken. Hier besteht weiterhin Nachholbedarf.

Die Landesstrategie digital.LÄND betont die Bedeutung von Daten als zentrale Ressource des digitalen Wandels. **Datenplattformen, IoT- und Geodateninfrastrukturen** bilden dabei die Grundlage kommunaler digitaler Basisinfrastruktur, auf der weitere smarte Lösungen entstehen vom digitalen Verkehrsmanagement bis hin zur KI-gestützten Energie- und Stadtplanung. Aktuell verfügen beispielsweise erst 44 Prozent der Großstädte Baden-Württembergs über eine urbane Datenplattform. Nur wenn solche digitalen Basisinfrastrukturen flächendeckend verfügbar sind, können Kommunen datenbasierte Innovationen skalieren und so die digitale Daseinsvorsorge langfristig sicherstellen.

Um dies zu erreichen, braucht es eine verbindliche Definition **kommunaler digitaler Basisinfrastrukturen** auf Landesebene und deren strukturelle, dauerhafte Finanzierung. Baden-Württemberg sollte sich zudem aktiv in der Digitalministerkonferenz für bundesweite Standards und interoperable Schnittstellen einsetzen und zugleich den Bund in eine gerechte Mitfinanzierung einbeziehen. So entstehen tragfähige Strukturen, die digitale Gleichwertigkeit zwischen Stadt und Land schaffen und Baden-Württemberg als Leitregion des digitalen Wandels festigen.

## 7. Starke Rechenzentren für ein digitales Baden-Württemberg

Baden-Württemberg sollte eine führende Rolle beim **Ausbau leistungsfähiger Recheninfrastrukturen** übernehmen. Sowohl die zahlreichen global agierenden Unternehmen als auch die starken mittelständischen »Hidden Champions« im Land benötigen zunehmend moderne und skalierbare Rechenkapazitäten, um ihre digitale Transformation erfolgreich zu gestalten und das Potenzial von Künstlicher Intelligenz voll ausschöpfen zu können.

Um diese Entwicklung gezielt zu unterstützen, sollte das Land eine **landesweite Rechenzentrumsstrategie** entwickeln – vergleichbar mit den Initiativen in Bayern und Hessen – und einen zentralen Ansprechpartner für das Thema etablieren, etwa nach dem Vorbild des hessischen Rechenzentrumsbüros. Zudem sollten in Zusammenarbeit mit Kommunen und regionalen Wirtschaftsförderungen gezielt geeignete Flächen für die Ansiedlung von Rechenzentren identifiziert und bereitgestellt werden. Damit könnte Baden-Württemberg die Rahmenbedingungen für Investitionen in Recheninfrastrukturen verbessern, Innovationspotenziale heben und sich langfristig als **führender Standort für digitale Wertschöpfung** positionieren.

Zur Stärkung der Digitalisierung braucht es eine landesweite Rechenzentrumsstrategie.

## 8. Mehr Resilienz im digitalen Raum

Mittelständische Unternehmen müssen gezielt bei der Erhöhung ihrer digitalen Resilienz unterstützt werden.

Mit fast 202,4 Milliarden Euro an Schäden durch Cyberangriffe auf Unternehmen in Deutschland zeigt sich, wie entscheidend eine belastbare Cybersicherheitsstruktur ist (↗Bitkom-Dataverse). Mit der Gründung der **Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW)** hat Baden-Württemberg 2021 einen wichtigen Schritt unternommen, um die digitale Sicherheit systematisch zu stärken. Der Fokus der Agentur liegt auf dem Schutz der Landesverwaltung und öffentlicher Einrichtungen, etwa in Städten und Gemeinden. Künftig sollte jedoch auch die Wirtschaft stärker einbezogen werden, damit insbesondere kleine und mittlere Unternehmen von der Expertise der Behörde profitieren können.

Für das industrielle Baden-Württemberg ist der geplante **Cyber Resilience Act (CRA)** von besonderer Bedeutung. Unternehmen im produzierenden Gewerbe benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der neuen Anforderungen, um ihre digitale Resilienz zu erhöhen. Auch die **NIS2-Anforderungen** sollten konsequent auf Kommunen ausgeweitet werden, um Cybersicherheit in Verwaltung und Wirtschaft gleichermaßen zu verankern. Nur durch ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Land, Kommunen und Unternehmen kann Baden-Württemberg widerstandsfähiger gegenüber Cyberbedrohungen werden.

Positiv hervorzuheben ist die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land und dem **Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)**. Die Vereinbarung über acht Kooperationsfelder stärkt die Cybersicherheitsstrukturen im Land deutlich.

Immer zentraler wird auch die **wirksame Bekämpfung von Desinformation** als gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Desinformation gefährdet das Vertrauen in digitale Dienste und Plattformen und verursacht erheblichen wirtschaftlichen Schaden durch Rufschädigung und gezielte Angriffe. Die Digitalwirtschaft entwickelt hier bereits zentrale Innovationen, etwa bei der Erkennung und Eindämmung von Deepfakes. Baden-Württembergs **Aktionsplan gegen Desinformation** setzt hier die richtigen Schwerpunkte und erfasst den Kampf gegen Desinformation in voller Breite.

## 9. New Mobility in Baden-Württemberg fördern

Die Transformation  
der Auto-  
mobilbranche muss  
durch eine  
Weiterentwicklung  
des Strategiedialog  
Automobilwirtschaft  
BW eng begleitet  
werden.

»Automobilland« bleiben und »Mobilitätsland« werden: Baden-Württemberg ist für die digitale Transformation der Mobilität stark aufgestellt. Dass das Land mit **digital.mobil.BW 2030** eine dezidierte Strategie mit klaren Zielen und Handlungsfeldern für eine klimafreundliche und digitale Mobilität entwickelt hat, ist zu begrüßen. Sie setzt einen Rahmen für fünf »Zieldimensionen« für **vernetzte, sichere und klimafreundliche Mobilität** und hinterlegt diese mit konkreten Digitalisierungsprojekten. Nun kommt es auf eine konsequente Umsetzung mit klaren Meilensteinen an.

Das Land erprobt **autonome Mobilität** bereits praxisnah, etwa im Reallabor RABus in Mannheim und Friedrichshafen. Parallel bietet das Testfeld Autonomes Fahren Baden Württemberg in Karlsruhe/Heilbronn eine leistungsfähige Erprobungsumgebung. Für die nächste Landesregierung wird es entscheidend sein, bei diesem für die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie zentralen Thema das Tempo beizubehalten und autonomes Fahren in der kommenden Legislaturperiode in den Regelbetrieb zu überführen.

Ein zentraler Umsetzungsmotor ist die **e-mobil BW** als Landesagentur: Sie vernetzt Industrie, Wissenschaft und Verwaltung und treibt die Industrialisierung sowie die Markteinführung nachhaltiger, lokal emissionsfreier Lösungen voran. Ergänzend schafft MobiData BW durch die kostenfreie Bereitstellung von Mobilitätsdaten und durch Unterstützungsangebote für Kommunen die Basis für eine digitale Verkehrsinfrastruktur, bessere Planung und die Verzahnung von ÖPNV, Sharing und On-Demand-Diensten. Beide Bausteine sollte das Land künftig noch stärker mit bundesweiten Initiativen strategisch verknüpfen.

Mit dem **Strategiedialog Automobilwirtschaft BW** verfügt das Land über ein starkes und bewährtes Format, das seit 2017 mehr als 70 Projekte angestoßen hat, um den Transformationsprozess im Automobilland Baden-Württemberg voranzutreiben. Dieses Erfolgsmodell sollte fortgeführt und gezielt weiterentwickelt werden, um den Wandel auch künftig erfolgreich zu gestalten.

Bitkom vertritt mehr als 2.300 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 700 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

#### **Bitkom e.V.**

Albrechtstraße 10

10117 Berlin

T 030 27576-0

[bitkom@bitkom.org](mailto:bitkom@bitkom.org)

[bitkom.org](http://bitkom.org)

**bitkom**